

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Abteilungen nehmen die Anzeigen und die Nummern der Beilagen entgegen. - Erhältlich wöchentlich. - Preis pro Anzeiger Nr. 20.

Anzeigerpreis: Die Beilagenpreise: 10 Pfennige für Anzeigen aus dem Umkreis des Erzgebirges, 15 Pfennige für Anzeigen aus dem Umkreis des Erzgebirges, 20 Pfennige für Anzeigen aus dem Umkreis des Erzgebirges, 25 Pfennige für Anzeigen aus dem Umkreis des Erzgebirges, 30 Pfennige für Anzeigen aus dem Umkreis des Erzgebirges.

Telegraphische Anzeiger: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgeschäfts aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 5

Montag, den 7. Januar 1924

19. Jahrgang

### Keine Inflationsgefahr.

Zu der Frage, ob in Deutschland wieder eine Inflation getrieben werden kann, wird dem H. L. W. von ankündigender Stelle mitgeteilt:

Eine solche Inflation ist in Zukunft ausgeschlossen und ein Versuch, diese Bahn je wieder zu betreten, wäre nach den Erfahrungen des Vergangenen zur Unsicherheit verurteilt. Der Verkehr selbst würde sich demgegenüber zu schützen wissen. Wenn das Reich je wieder in eine Zwangslage kommen sollte, so wird es andere Wege beschreiten müssen als die Schaffung zusätzlicher Kaufkraft durch Geldschöpfung. Zurzeit liegen aber die Verhältnisse nicht ungünstig, da die Reichseinnahmen in befriedigender Weise fließen.

Wenn hier und da die Ausgaben von Anleihen seitens der Länder die Öffentlichkeit beunruhigt haben, so liegt zu einer solchen Beunruhigung keine Veranlassung vor. Eine Kontrollmöglichkeit der Anleiheverwaltung der Länder durch das Reich besteht im allgemeinen nicht. Das Reich kann aber eingreifen, wenn die Anleiheerträge die Funktion eines Zahlungsmittels annehmen, da dann, wenn die Genehmigung des Reichsfinanzministeriums nicht eingeholt ist, ein Verstoß gegen das Gesetz über die Ausgabe und Einführung von Noten vom 17. 7. 1923 vorliegt. Soweit solche Verstöße vorliegen sollten, wird unverzüglich eingegriffen werden.

### Noch 100 000 englische Forderungen zu regeln.

Die „Evening News“ melden, daß 100 000 Forderungen englischer Gläubiger, die von Deutschland, Oesterreich und Ungarn die Vorkriegsschulden bezahlt haben wollen, noch geregelt werden sollen. Deutschland habe für die Regelung der Vorkriegsschulden bisher 61810000 Pfund Sterling bezahlt. Das Blatt behauptet, daß Deutschland die Obligationen betreibe, um die Zahlung dieser Schulden zu verhindern. Die „Evening News“ fordern, daß die Vorkriegsschulden in Goldmark und nicht in antwerteter Papiermark bezahlt werden sollen.

### Der Staatsanwalt gegen 60 Berliner Banken.

Die Berliner Staatsanwaltschaft ist in Verbindung mit der Währungsbehörde gegen etwa 60 Banken wegen an der Kundschaft verübten Wuchers vorgegangen. Dieses Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen die Berliner Banken und Bankiers ist erfolgt wegen zu hoher Zinsberechnung und unbillig hoher Bankspesenbelastung ihrer Kundschaft. Bei der Staatsanwaltschaft sind in der letzten Zeit weit über 10 000 Anzeigen über derartige Fälle eingegangen. Das Verfahren ist jedoch erst gegen 60 Firmen des Bankfaches eingeleitet worden. Darunter befinden sich auch große Bankunternehmungen, in der Mehrzahl aber kleinerer neu gegründeter Firmen, die zum Teil ebenfalls ihrer Kundschaft belastet haben, daß ohne weiteres ein Verzinsungswucher in Frage kommt. Ein Teil der Fälle ist durch die Vermittelungen der Arbitralpolitik eingeleitet worden, während sich bei den übrigen, in denen sich die Anwaltschaft aus der Verbesserung der Angelegenheit befähigt, die Angelegenheit des Polizeipräsidenten beschäftigt hat.

### Der belgische Außenminister

#### über die Brüsseler Politik.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem belgischen Außenminister Jaspar. Jaspar erklärte:

„Das Hauptziel unserer Politik besteht natürlich darin, zu dem Fortbestehen der Entente zwischen Frankreich und Großbritannien beizutragen, denn infolge unserer geographischen Lage, wie auch der politischen Lage sind wir auf die Unterstützung des einen wie des anderen dieser beiden Staaten angewiesen. Unglücklicherweise kommt es nun so oft vor, daß unsere Freunde unsere Haltung falsch auslegen. Als wir mit Frankreich in das Ruhrgebiet einrückten, lobte man uns in Paris und tadelte man uns in London. Die Deutschen ihrerseits erklärten, daß wir die Interessen Frankreichs wären. Als wir in der Frage der Sachverständigen und entschlossen auf die Seite Großbritanniens und der Vereinigten Staaten stellten, änderte sich das Bild. Wir wurden plötzlich in London gelobt und in Paris kritisiert. Deutschland aber verkündete triumphierend der ganzen Welt, daß wir nicht länger den Anweisungen Frankreichs folgten. Tatsächlich hat sich unsere Politik niemals geändert. Sie war stets und wird auch stets national und unabhängig bleiben.“

Im Hinblick auf die belgisch-deutschen Beziehungen meinte Jaspar, daß die Haltung Belgiens gegenüber dem Reich weder von Hoch- noch von Niedrigkeit eingegeben sei. Ohne Zweifel habe Belgien mehr als alle anderen europäischen Staaten zu leiden gehabt. Was Belgien jedoch zu erlangen wünsche, sei die Bezahlung der Reparationen. Ohne diese

Reparationen würde es unmöglich sein, den belgischen Staatshaushalt auszugleichen. In die Ruhr sei Belgien eingedrungen, weil die Pfänderergreifung nach Ansicht der Brüsseler Staatsmänner und Politiker das beste Mittel darstellte, Deutschland zur Barmarkung zu bringen. Weiterhin hätten die Tatsachen die Richtigkeit dieser Ansicht bewiesen.

### Frankreichs wirtschaftlicher Druck auf das Ruhrgebiet.

Anfang nächster Woche beginnen in Berlin wichtige Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und Vertretern der besetzten Gebiete. Dabei handelt es sich wie wir erfahren, in erster Linie um die Ausdehnung der Ricoverträge auch auf andere Industriezweige der besetzten Gebiete. Die französischen Behörden arbeiten in aller Stille daran, um der gesamten Industrie die gleichen Abkommen aufzuzwingen, wie sie von der Kohlenindustrie mit der Ricover abgeschlossen worden sind. Unter dem Zwang der Verhältnisse sind in der Zwischenzeit tatsächlich auch bereits Abkommen mit der Eisen- und Braunkohlenindustrie, mit der chemischen Industrie sowie mit der Textil- und Seidenindustrie zustande gekommen. Die Franzosen legen dabei den Interessenten fertige Formulare vor, die in weitgehender Anlehnung an die Ricoverträge die Klauseln enthalten, die die betreffende Industrie zu Reparationslieferungen verpflichtet.

### Noch über 2000 Ruhrdeutsche im Kerker!

Nach den letzten authentischen Nachrichten befinden sich in den Gefängnissen des Rhein- und Ruhrgebietes noch über 2000 deutsche Gefangene, vorausgesetzt, daß in den letzten zwei Wochen die von den Franzosen gemeldeten etwa 300 Amnestierungen tatsächlich stattgefunden haben. Von authentischer deutscher Seite wird diese Zahl der Amnestierungen als viel zu hoch bezeichnet. Die Franzosen geben die Zahl der Gefangenen außerdem weit niedriger an, und zwar unterscheiden sie dabei politische Gefangene und die nach ihrer Auffassung aus kriminellen Gründen Beurteilten. — Von deutscher Seite muß darauf hingewiesen werden, daß ein großer Teil der Beurteilungen, die die Franzosen als kriminell bezeichnen, aus politischen Motiven erfolgt ist.

### Auf der französischen Reglebahn verschwunden.

Wie wir hören, sind umfangreiche Sendungen von frischem Fleisch nach dem besetzten Gebiet während des Transportes auf der französischen Reglebahn völlig verschwunden. Die Regie lehnt für Verlust und Beschädigung von Frachtgut jede Haftung ab.

### Vor einer Umstellung der englischen Politik!

Ein Marnartikel der „Times“ über die grundlegende Veränderung der politischen Lage in Europa bewirkt, daß die neue Regierung auf die Unterstützung aller Parteien rechnen könnte, wenn sie eine radikale Außenpolitik betriebe. Die „Times“ stellen fest, daß Europa ganz anders aussehe, als zur Zeit des Abschlusses des Versailler Vertrags, und daß die Veränderung in den beiden letzten Monaten besonders stark sei und in einer Richtung gehe, die 1919 niemals erwartet werden konnte, nämlich in der Richtung einer rein nationalen französischen Politik, die immer weniger Rücksicht auf die bisherigen Alliierten nehme.

Außer der intensiven Aktivität Frankreichs auf deutschem Boden und in seinen Beziehungen zu der deutschen Industrie versucht Frankreich die kleine Entente sowie Polen zu kontrollieren. Die „Times“ beklagen, daß der Mangel an fester Haltung England in den Hintergrund gedrückt habe und erklären, daß eine entschlossene weitläufige englische Politik imstande sei, den Einfluss zu gebieten, die in Frankreich gegen England arbeite. Die erste Aufgabe der englischen Regierung sei, das britische Prestige in Europa wiederherzustellen und die sehr ernsten drohenden Gefahren zu verhüten, denen England entgegensteht.

Der Artikel, der zweifellos nicht ohne Rührung mit der autoritativen Stelle geschrieben ist, drückt aus, was allmählich nahezu die gesamte Nation empfindet und angesichts der französischen Absichten in Osteuropa für England plötzlich eine akute Frage wurde.

Nach dem „Temps“ ist im Auswärtigen Amt in London den ausländischen Diplomaten erklärt worden, das sozialistische Kabinett werde sich so verhalten wie das frühere Kabinett Baldwin und Curzon seien aber entschlossen gewesen, die englischen Truppen aus Aden zurückzuziehen, keinen Delegierten mehr in der Reparationskommission zu belassen und keinen Vertreter mehr in die Völkervereinigung zu schicken. Ramsay MacDonald und seine Kollegen würden zunächst dieses Programm durchführen, nicht mehr und nicht weniger.

Wir wissen nicht, sagt „Temps“ hinzu, ob diese vertraulichen Äußerungen der Wahrheit entsprechen, authentisch sind sie jedenfalls.

### Der Frankensprung.

Der Frankensprung, der in Paris lebhafteste Beunruhigung erregt. Ist das Tagessthema der Pariser Presse. Die Blätter sind bemüht die Regierung von der großen Gefahr zu überzeugen und zu energischer Verteidigung des französischen Frankens aufzufordern. Die Ansichten über den Sturz des Frankens und die besten Mittel zum Schutze des Frankens gehen aber stark auseinander. Einige Zeitungen erklären den Niedergang des Frankens durch eine „deutsche Offensive“. Es sei nötig, gleich nach Wiederbeginn der Pariser Verhandlungen neue Steuern aufzuerlegen, und Wolocore dürfte selbst vor revolutionären Mitteln zum Zwecke der Rettung des Frankens nicht zurückweichen. So wird auch scharfes Vorgehen gegen gewisse Pariser Banken verlangt, die zur Beschleunigung des Frankensprungs beigetragen haben.

Die bedeutungsvollste Ausföhrung zum Frankensprung gibt jedoch Herbe in der „Victoire“: Man täusche sich, wenn man den Frankensprung durch Spekulationsmanöver erkläre. In Wirklichkeit falle der Frankensprung, weil man im Auslande trotz des französischen Sieges im Ruhrgebiet den Eindruck habe, daß der Augenblick der deutschen Zahlungen noch nicht gekommen sei. Die Wiederherstellung des Vertrauens zum Frankensprung könne hauptsächlich dadurch erreicht werden, daß Frankreich sich unter vier Augen mit Deutschland über das Reparationsproblem verständige und allenfalls auf einen Teil seiner Forderungen verzichte und eine solche Wirtschaftsvereinbarung vereinbarte.

### Flottenmanöver gegen Frankreich.

#### Verhandlungen über Grenzregulierung in Frankreich.

In London haben Verhandlungen zwischen Italien und England über die Grenzregulierung in Ostafrika begonnen. In der Times wird anscheinend offiziell der Vorschlag gemacht, daß England in die bisher wenig zügig fortgeschrittenen Verhandlungen zwischen Italien und Ägypten über die Grenzführung im Osten von Tripolis eingreifen solle, damit Italien endlich die von ihm längst geforderte Herrschaft über das Land der Semu erhalten.

Nach italienischen Meldungen sollen im Januar im Mittelmeer gemeinsame Flottenübungen eines englischen, italienischen Geschwaders stattfinden, eine Kombination, die als Warnung an Frankreich nicht mehr mißzuverstehen wäre.

### Anmaßungen der Pfälzer Separatisten.

Ein neuer Beweis für den separatistischen Terror in der Pfalz ist folgende Verordnung des separatistischen Bezirkskommissars an die Landgemeinden seines Bezirks: Die Bürgermeister haben sofort eine Sitzung des Gemeinderats einzuberufen und folgendes bekanntzugeben:

1. Die Regierungsgewalt innerhalb der Pfalz geht einzig und allein in die Hände der Regierung der autonomen Pfalz über. Wer in Wort, Tat und Schrift die Sache der Regierung bekämpft, hat Strafverfolgung mit aller Schärfe zu gewärtigen.
2. Für Ruhe und Ordnung innerhalb des Bezirksbereichs ist die Gemeinde verantwortlich. Sie haftet mit ihrem gesamten Vermögen für alle Fälle, die als Widerrechtlichkeit gegenüber der Regierung zu betrachten sind. Insbesondere wird in Erinnerung gebracht, daß das Ständerecht verhängt ist.
3. Plakate usw. sind auf Anordnung der Regierung oder deren Unterorgane nach ihrer Zustellung sofort an der Gemeindefaßel und sonstigen sichtbaren verkehrsreichen Stellen innerhalb der Gemeinde anzubringen bzw. durch Ortsschelle bekanntzugeben.
4. Versammlungen, Umzüge und sonstige Veranstaltungen, gleichviel, welcher Art, müssen drei Tage zu vor auf dem Bezirkskommissariat angemeldet werden und bedürfen der Genehmigung. Die entsprechenden Ordnungen der Befugungsbehörde werden hieron nicht befreit.

### Mannheim und Heidelberg vor separatistischer Besetzung?

Die „Mannheimer Neuesten Nachrichten“ melden aus Speyer, daß dort und in Worms die schon zur Reserve entlassenen „Separatistentruppen“ neu einberufen und frische Separatistenbataillone zusammengestellt werden. Außerdem sollen separatistische Truppen dazu bestimmt sein, Mannheim und Heidelberg zu besetzen.

### Die geprehten Treuerklärungen widerrufen.

Der größte Teil der Landgemeinden, deren Bürgermeister sich durch den auf sie geübten Druck, Treuerklärungen von den Separatisten haben abnötigen lassen, haben diese Erklärungen widerrufen.

### Das separatistische Strauchliteratur in der Pfalz.

Wie aus der Pfalz gemeldet wird, scheint sich dort bezüglich der Ausweisungspolitik eine Änderung her